

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 06.04.2024

Tagesordnungspunkt: 12.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R1NEU: Beschlussfähigkeit Landeskongress

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 § 13 Abs 6 lit g wird wie folgt abgeändert:

4 *g. Der Landeskongress ist genau dann zum eingeladenen Termin beschlussfähig,*
5 *wenn zumindest 20 % der stimmberechtigten Hauptmitglieder – in jedem Fall aber*
6 *mehr als fünf stimmberechtigte Mitglieder – anwesend sind. Sollte dies beim*
7 *angekündigten Termin nicht der Fall sein, so ist der Landeskongress nach einer*
8 *Stunde dann beschlussfähig, wenn zumindest 10 % der stimmberechtigten*
9 *Hauptmitglieder anwesend sind. Kommt keine Beschlussfähigkeit zu Stande, obliegt*
10 *es dem Landesvorstand baldigst einen neuen Termin für den Landeskongress*
11 *festzulegen. Sollten 20% der stimmberechtigten Hauptmitglieder 30 Personen*
12 *übersteigen, ist § 7 Abs 8 sinngemäß für den Landeskongress anzuwenden.*

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 06.04.2024

Tagesordnungspunkt: 12.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R3NEU2: Behandlung von Änderungsanträgen

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen der Geschäftsordnung
2 vorzunehmen:

3 Nach § 18 Abs 4 wird folgender Absatz eingefügt:
4 *(5) Änderungsanträge bedürfen keiner mündlichen Begründung oder Anwesenheit*
5 *durch den Änderungsantragsteller, um behandelt zu werden.*

6 Die bisherigen § 18 Abs 5 ff werden einer entsprechenden neuen fortlaufenden
7 Nummerierung unterzogen.

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 06.04.2024

Tagesordnungspunkt: 12.2 Leitantrag des Bundesvorstands

LANEU: Freier Handel für freie Menschen

Antragstext

1 Der Freihandel hat in Europa lange Tradition. Das erste Freihandelsabkommen
2 wurde im Jahr 1703 zwischen England und Portugal geschlossen. Heute herrscht bei
3 kaum einem anderen Thema unter Ökonom:innen ein so breiter Konsens wie beim
4 Thema Freihandel. In einer Umfrage stimmten 87,5 % der amerikanischen
5 Wirtschaftswissenschaftler:innen für eine Beseitigung von Handelshemmnissen und
6 Zöllen[1]. Denn Fakt ist: Freihandelsabkommen schaffen Wohlstand, Beschäftigung
7 und erhöhen den Lebensstandard der jeweiligen Staaten. Zusätzlich ist die
8 internationale Vernetzung von Volkswirtschaften einer der wichtigsten Garanten
9 für Frieden und Wirtschaftswachstum rund um den Globus. Daher sind wir JUNOS -
10 Junge liberale NEOS glühende Verfechter:innen des Freihandels. Doch die EU
11 bleibt in den letzten Jahren immer weiter hinter ihren Zielen zurück. Während
12 andere Staaten immer neue Freihandelsabkommen abschließen, wie etwa NAFTA (USA,
13 CAN & MEX) oder ASEAN China FTA, haben noch immer nicht alle EU-Staaten das
14 Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ratifiziert. Auch ein Freihandelsabkommen
15 mit den MERCOSUR-Staaten wird seit 1995 verhandelt.[2] Anfang 2020 scheiterte es
16 am Widerstand Österreichs, das sich damals als einziger Staat dagegen
17 aussprach.[3] Diese kurzsichtige und protektionistische Wirtschaftspolitik führt
18 zu Wohlstandsverlusten, zu höheren Preisen für Konsument:innen und bremst das
19 Wirtschaftswachstum.

Kein Veto bei Freihandel

21 Daher fordern wir JUNOS die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat bei
22 der Ratifikation von Freihandelskommen der Europäischen Union. Stattdessen soll
23 eine verstärkte qualifizierte Mehrheit gem Art 238 (2) AEUV, also 72 % der
24 Mitglieder des Rates (20/27) die min. 65 % der Bevölkerung ausmachen, für eine
25 Ratifikation ausreichen. So kann verhindert werden, dass einzelne Staaten die
26 Unterzeichnung aus populistischen oder wahltaktischen Gründen verhindern

27 können. Sollte unsere Forderung nach einer EU-Regierung umgesetzt werden, so
28 soll diese die Kompetenz zum Aushandeln von Freihandelsabkommen haben.

29 Zudem sollen die Verhandlungen vor Freihandelsabkommen transparenter werden, um
30 so eine größere Akzeptanz der Bürger:innen der EU zu genießen. Ein solcher
31 Prozess ist auch essenziell, um die Wichtigkeit solcher Abkommen sichtbar zu
32 machen. Wie das konkret aussehen soll, ist im Beschluss *Demokratisierung der*
33 *europäischen Außenhandelspolitik* [\[4\]](#) beschrieben.

34 **Abbau von Handelshemmnissen**

35 Zu einer Freihandelspolitik, die den Wohlstand fördert, gehört auch der Abbau
36 tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse, insbesondere im Agrarsektor.

37 Diese Barrieren behindern den (freien) Handel mit Drittstaaten und führen zu
38 künstlich hochgehaltenen Lebensmittelpreisen zu Gunsten der mächtigen EU-
39 Landwirtschaftslobby. [\[5\]](#) Durch eine gezielte Senkung können wir die
40 Wettbewerbsfähigkeit unserer Agrarproduzent:innen steigern und gleichzeitig
41 Verbraucher:innen einen besseren Zugang zu einer vielfältigen Auswahl an
42 qualitativ hochwertigen Produkten ermöglichen.

43
44 Auch die WTO spricht sich gegen Handelshemmnisse aus und setzt sich seit ihrer
45 Gründung 1994 für den Abbau dieser protektionistischen Maßnahmen ein. Diese
46 Vorschriften sind durch die Mitglieder der WTO (somit auch der EU bzw ihrer MS)
47 zu achten. [\[6\] Wir lehnen die laufende Unterminierung der WTO durch China und](#)
48 [leider auch die USA ab. Die WTO ist einer der wichtigsten Stützpfeiler für](#)
49 [globalen freien Handel und damit Wohlstand und Armutsbekämpfung auf der Welt.](#)
50 [Die Europäische Union sollte sich dafür einsetzen, die innere Organisation der](#)
51 [WTO zu reformieren, sodass Blockaden von Entscheidungsgremien, wie die](#)
52 [derzeitige, nicht mehr möglich sind, und soll im Rahmen ihrer diplomatischen](#)
53 [Arbeit Druck auf die USA ausüben, dass ihr Mandat im Appellate Body möglichst](#)
54 [rasch nachbesetzt wird.](#)

55 *Kamerun darf Orangensaft und Schokolade zollfrei exportieren, solange der*
56 *(finanzielle) Wert des Zuckers dieser Produkte nicht mehr als 30% beträgt. Damit*
57 *hat Kamerun einen Vorteil gegenüber ärmeren Nachbarn wie dem Tschad oder*
58 *Nigeria. Hier berechnet die EU nicht den Wert des Zuckers im Saft oder der*
59 *Schokolade, sondern das Gewicht. [\[7\]](#)*

60 Durch die Abschaffung eben dieser Barrieren schaffen wir nicht nur Wohlstand für
61 die Menschen in Europa, sondern auch für Menschen in ärmeren Ländern. Es ist
62 nicht zielführend, dass übermäßig subventionierte Lebensmittel aus der EU in

63 manchen Regionen der Erde günstiger sind als jene aus dem eigenen Land und
64 nachhaltig ist das erst recht nicht.

65 **Geistiges Eigentum weltweit schützen**

66 Um funktionierende Freihandelsabkommen zu fördern und Produktpiraterie zu
67 verhindern setzen wir uns für den Schutz des geistigen Eigentums weltweit ein.
68 Eine große Hürde für europäische Unternehmen ist die zunehmende
69 Produktpiraterie, die der europäischen Wirtschaft und der Innovation erheblich
70 schadet. Ein effektiver Schutz des geistigen Eigentums ist nicht nur für die
71 Innovationskraft der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung, sondern
72 auch für die Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene.
73 Das soll durch einen Handelsgerichtshof, ähnlich dem Internationalen
74 Strafgerichtshof, überwacht und auch durchgesetzt werden.

75 **Investitionsschutz**

76 Oftmals werden Unternehmer:innen durch unsachliche Maßnahmen im nicht-
77 europäischen Ausland benachteiligt, dies beinhaltet Eigentumsbeschränkungen,
78 zusätzliche Abgaben oder Ausübungs- bzw. Zugangsbeschränkungen. Im Rahmen jedes
79 Freihandelsabkommens soll auch ein Passus enthalten sein, der die getätigten
80 Investitionen vor staatlichen Interventionen schützt. Nur so kann der Handel
81 unter transparenten und fairen Bedingungen für alle Teilnehmer:innen des Marktes
82 gewährleistet werden.

83 **Wettbewerb statt Merkantilismus**

84 In den letzten Jahren wurde die weltweite Handelspolitik von einer
85 fehlgeleiteten Neuauflage des Merkantilismus geprägt. Wohlmeinende
86 vorausschauende Staatsbeamte verteilen freihändig Subventionen und andere
87 Begünstigungen an heimische Unternehmen, die man als sogenannte "national
88 champions" aufbauen möchte. Diese sollen dann weltweit mit den "champions"
89 anderer Staaten konkurrieren. Das ist eine kapitale Fehlentwicklung und Abkehr
90 von der Grundidee des Freihandels und des Vertrauens in den Mehrwert von freiem
91 Wettbewerb. Weder wissen Staaten, welche Branchen oder Unternehmen in Zukunft
92 erfolgreich sein werden, noch haben Staatsbedienstete bzw. Politiker den nötigen
93 Weitblick und "skin in the game" hierfür. Wir JUNOS – Junge liberale NEOS
94 stellen uns deswegen entschieden gegen diese Tendenz und setzen uns sowohl in
95 Österreich als auch der Europäischen Union und innerhalb der WTO für ein
96 strenges und restriktives Subventionsregime sowie eine Rückkehr zu den
97 Grundsätzen der freien Marktwirtschaft ein.

98 **Schutz der Umwelt durch Freihandelsabkommen**

99 Eine wichtige Ergänzung jedes Handelsabkommens ist ein Passus betreffend eine
100 Bepreisung von CO₂, entweder in Form von Emissionshandel oder durch eine
101 Besteuerung jeder ausgestoßene Tonne CO₂. Für Länder, die keines dieser beiden
102 Systeme implementieren, fordern wir CO₂-Zölle, die Ausgleichszahlungen für das
103 ausgestoßene CO₂ eines jeden importierten Produkts darstellen. Dies dient dazu,
104 das Klima zu schützen und einen Anreiz für nachhaltige Produktionsmethoden zu
105 setzen. Auch ein durch die CO₂-Bepreisung entstehender Nachteil für EU-
106 Unternehmen soll dadurch ausgeglichen werden. [\[8\]](#)

107 **Unser engster Partner: Verlassen aber nicht verloren**

108 Als Europäische Union müssen wir die Entscheidung der britischen Bevölkerung,
109 die Europäische Union zu verlassen, leider zur Kenntnis nehmen. Es ist
110 allerdings im Interesse sowohl Europas als auch des Vereinigten Königreichs,
111 dass Handelsbeziehungen möglichst reibungsfrei gestaltet werden. Wir fordern
112 sowohl die Europäische Union als auch das Vereinigte Königreich dazu auf, im
113 Rahmen des Windsor Frameworks den Freihandel zu priorisieren und alle möglichen
114 Barrieren abzubauen.

115 **Wohlstand schaffen, Freihandelsabkommen abschließen**

116 Um den Wohlstand in der Europäischen Union auszubauen, fordern wir das
117 Commitment für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen. Neben einem neuen
118 Anlauf für TTIP mit den Vereinigten Staaten, sollen auch mit den Großmächten
119 Volksrepublik China und Indien durch Freihandelsabkommen gemeinsame Regeln
120 sichergestellt werden, wobei konsequent der Grundsatz der Reziprozität gewahrt
121 werden muss.. Weiters sehen wir unter anderem große Chancen im Abschluss des EU-
122 Mercosur-Abkommens, sowie Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten, Staaten auf dem
123 afrikanischen Kontinent und der Afrikanischen Union. Dadurch können
124 wohlstandsmindernde Handelshemmnisse abgebaut und der Wohlstand in Europa und in
125 anderen Kontinenten dieser Welt erweitert werden.

126 [\[1\]](#) Robert Whaples: *Do Economists Agree on Anything? Yes!* In: *The Economists'*
127 *Voice*. Band 3, Nr. 9, 17. Januar 2006, [ISSN1553-3832](#), [doi:10.2202/1553-3832.1156](#)
128 ([degruyter.com](#) [abgerufen am 11. Februar 2024]).

129 [\[2\]](#) Hartmut Sangmeister: *Zwischen Zustimmung und Ablehnung: Das Handelsabkommen*
130 *EU-Mercosur. Eine Zwischenbilanz*. Ibero-Amerikanisches Institut, Berlin 2020, S.
131 3.

132 [\[3\]Kurz verlangt von EU-Kommission Neuverhandlung.](#) In: [faz.net](#). 12. Januar 2020,
133 abgerufen am 8. März 2024

134 [\[4\]https://junos.at/beschlusslagen/demokratisierung-der-europaeischen-](#)
135 [ausserhandelspolitik/](#) , abgerufen am 11.02.2024

136 [\[5\]https://lobbypedia.de/wiki/COPA-](#)
137 [COGECA#:~:text=COPA%2DCOGECA%20ist%20die%20einflussreichste,in%20der%20Europ%C3%](#)
138 [_](#)
[A4ischen%20Union%20bezeichnet.](#) , abgerufen am 08.03.2024

139 [\[6\]](#)
140 [https://web.archive.org/web/20120725021331/http://portal.wko.at/wk/dok_detail-](#)
[_file.wk?AngID=1&DocID=614118&StID=294837](#) , abgerufen am 09.03.2024

141 [\[7\]https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2018-keine-eu-zoelle-fuer-afrikas-](#)
142 [exporte-ein-schwindel/](#) , abgerufen am 12.02.2024

143 [\[8\]https://www.freiheit.org/de/klimawandel-klimazoll-ohne-protektionismus-eine-](#)
144 [machbarkeitsanalyse](#) Zugriff am 15.03.2024

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A2NEU: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

Antragstext

1 Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst im Mittel
2 deutlich mehr als der/die mittlere Beschäftigte in der Privatwirtschaft.
3 Zusätzlich werden deutlich weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte
4 und Arbeiter:innen. Dies liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung
5 für Staatsbedienstete. Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie
6 privatwirtschaftliche Betriebe des Staates seit jeher ein Ort an dem,
7 Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt werden, um den eigenen Einfluss zu
8 sichern. All dies behindert eine effiziente und kostengünstige Verwaltung
9 erheblich und dass obwohl Österreich jährlich [14.818.000.000\[2\]](#) an die aktiven
10 Staatsbediensteten bezahlt.

11 Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen
12 Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern
13 die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

1. Ein schlanker Staat mit digitaler Verwaltung

15 Der österreichische Verwaltungsapparat ist aufgeblasen und deshalb teuer und
16 schwerfällig. Daher fordern wir JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich
17 endlich digital wird. Um unseren Bürgerinnen und Bürgern mühselige und
18 zeitintensive Amtswege zu ersparen, fordern wir, dass alle öffentlichen
19 Dienstleistungen in digitaler Form angeboten werden. Services sollen mittels
20 ones-stop-shop bzw. no-stop-shop abgewickelt werden können. Damit einhergehend
21 fordern wir, dass nicht zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst,
22 nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In Österreich sind 16,7% im
23 öffentlichen Dienst beschäftigt, in Deutschland 13,6% und in Japan sogar nur
24 7,9%[3]. Zusätzlich dazu fordern wir ein Ende der de-facto Unkündbarkeit für
25 alle Staatsbediensteten die nicht bei Zoll, Militär, Polizei und Justiz

26 arbeiten.
27 Nur so kann eine effiziente und kostengünstige Verwaltung garantiert werden.

28 **2. Ohne Parteibuch eine Funktion**

29 Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die
30 Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen
31 sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation, Eignung und Leistung einer
32 Person über ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren
33 wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.
34 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat bei
35 vollen Bezügen für die Zeit des Wahlkampfs freizustellen, die nach
36 österreichischer Rechtslage teilweise noch immer besteht, lückenlos
37 abgeschafft werden.

38
39 Wir fordern daher neue Auswahlverfahren für Personalkommissionen,
40 Personalleihen nur in begründeten Ausnahmefällen, verpflichtende Hearings für
41 Leitungsfunktionen, die Entwicklung eines Einstiegstests ("Concours") für
42 Bewerber:innen bei Tätigkeiten, die eine akademische Ausbildung voraussetzen
43 und ein Verbot von Doppelfunktionen in Kabinetten und dem öffentlichen Dienst.

44
45 In weiterer folge fordern wir auch die Abschaffung von Versorgungsposten bzw.
46 sogenannten Scheinjobs im öffentlichen Dienst.

47 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat ohne
48 Entfall der Bezüge für die Zeit des Wahlkampfs freizustellen, die nach
49 österreichischer Rechtslage noch immer besteht, verboten werden.

50 **3. Privatwirtschaftliches Gehaltsschema**

51 Der Staat konkurriert als Arbeitgeber am Arbeitsmarkt um die besten Köpfe, die
52 im Interesse der Republik dienen. Wir als Junge liberale NEOS fordern daher eine
53 Reform der Gehaltslogik im öffentlichen Dienst. Das System der Zulagen soll
54 modernisiert werden, sodass es tatsächliche Leistung transparent belohnt, aber
55 nicht selbstverständlich enthaltene Aufgaben der Kerntätigkeit mit Zulagen
56 verbessert."

57 Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die
58 Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen
59 hat, unnötig erhöhen.

60
61 Anstatt von höheren Gehältern soll der Staat als Arbeitgeber andere Benefits
62 anbieten, wie flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office, die in der
63 Privatwirtschaft auch üblich werden, um die besten Köpfe anzulocken.

64 [\[2\]](#)
65 https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_20-21.pdf

66 [\[3\]](#) Alle Zahlen aus dem Jahr 2019

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A7NEU: Freier Übergang für freie Bürger_innen

Antragstext

1 JUNOS - junge liberale NEOS glauben an die Eigenverantwortung und Mündigkeit
2 der Bürger:innen. Das gilt auch für Fußgänger:innen im Straßenverkehr.

3 Fußgänger:innen sind in der Lage, das eigene Risiko beim Überqueren der
4 Straße ausreichend einzuschätzen. Eine Ampelschaltung im Sinne des Schutzes
5 und des Vorrangs der Fußgänger:innen ist zwar notwendig, allerdings kann wie
6 in zahlreichen anderen Ländern eine rote Ampel für Fußgänger:innen eine
7 Empfehlung und keine Pflicht darstellen. Die Grundregel, sich bei Betreten der
8 Fahrbahn zu vergewissern, hiebei sich selbst oder andere Straßenbenützer nicht
9 gefährden oder diese übermäßig behindern, ist ausreichend.

10 Der Zwang, eine sinnlose Regelung einzuhalten, bei deren Bruch niemandem Schaden
11 zugefügt wird, erzieht autoritätsabhängige Untertanen und kann nicht im Sinne
12 einer liberalen Gesellschaft sein.

13 Die stetige Nichteinhaltung einzelner Regeln durch die Bürger:innen, wie diese
14 bei der Straßenüberquerung in Österreich passiert, schwächt das
15 Gesamtregelwerk und letztendlich den Rechtsstaat.

16 Die polizeilichen Kontrollen und daraus entstehenden Geldstrafen dienen nicht
17 nur einer Entmündigung der Bevölkerung sondern auch letzten Endes vor allem
18 einer versteckten Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparates, die es aus
19 liberaler Sicht eindeutig abzulehnen gilt.

20 Der öffentliche Raum gehört den Bürger:innen und nicht dem Staat. Eine
21 staatliche Umverteilung zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, der vor
22 allem im urbanen Raum von staatlichen Eingriffen profitiert, ist ebenso aus
23 liberaler Sicht nicht vertretbar. Nicht notwendige Verbote für
24 Fußgänger:innen bei der freien Nutzung des öffentlichen Raumes sind

25 schleunigst zu beseitigen.

26 Aus diesen Gründen setzen sich JUNOS - junge liberale NEOS für eine Reform des
27 § 76 StVO, welche die Möglichkeit der straflosen Straßenüberquerung nach
28 eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder
29 vorgegebener Überquerungsgelegenheit veranlasst wenn es die Verkehrslage
30 zulässt. Eine Fußgängerampel soll eine reine Vorrangregelung darstellen. In
31 Anlehnung an §106 des Kraftfahrzeuggesetzes (Gurtpflicht) sehen wir
32 Fußgänger:innen ab einem Alter von 14 Jahren somit selbst in der
33 Verantwortung, wann und wo sie die Straße überqueren wollen. Lediglich auf
34 Autobahnen, Autostraßen und Schnellstraßen und Schnellstraßen und
35 Autostraßen soll die freie Überquerung untersagt bleiben.

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 06.04.2024

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

A9NEU: Land der Berge, Land der Spione

Antragstext

1 In den Tagen vor diesem Bundeskongress sind erschütternde Details zu einem
2 wahren Spionageskandal im tiefsten Inneren der Republik an die Öffentlichkeit
3 gelangt. Die konkreten Vorwürfe rund um Egisto Ott und Martin Weiss bedürfen
4 dringender Aufklärung. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich hier nicht um
5 einen Einzelfall, sondern um ein Sittenbild handelt, das von einer untragbaren
6 laissez-faire Haltung im Umgang mit vertraulichen Daten, Staatsgeheimnissen,
7 Spionage und dem Einfluss Russlands in und auf Österreich zeugt. Schon seit
8 Jahren und spätestens seit der BVT-Affäre gelten die österreichischen
9 Geheimdienste als russische Hintertür in Europa - und Österreich als
10 bevorzugtes Operationsgebiet ausländischer Geheimdienste.

11 Wie unfassbar unzureichend der österreichische Gesetzgeber in Bezug auf die
12 Strafbarkeit von Spionage gehandelt hat, zeigt eine Anfragebeantwortung des
13 Justizministeriums aus Juli 2023¹¹. Seit 2002 kam es lediglich zu drei
14 Verurteilungen aufgrund des Spionage-Paragrafen - vor allem, weil lediglich
15 Spionage zum Nachteil Österreichs strafbar ist. Hier besteht dringender
16 Reformbedarf, damit Österreich nicht länger ein Hort der - insbesondere
17 russischen - Spionage bleibt.

18 Diese Situation dürfen wir nicht mehr länger hinnehmen. Die oben genannten
19 Umstände gefährden nicht nur die Sicherheit der österreichischen
20 Bürger:innen, sondern jene der gesamten Europäischen Union und unserer
21 westlichen Verbündeten.

22 Deshalb fordern wir JUNOS - Junge Liberale NEOS folgende dringende Reformen:

- 23 • Ausweitung des Straftatbestands Spionage auf Spionage zum Nachteil von

24 Drittstaaten und internationalen Organisationen

- 25 • Aufstockung der Personalressourcen in der Direktion Staatsschutz und
26 Nachrichtendienst (DSN)

- 27 • Sofortige Suspendierung von Beamten bei substantiiertem Spionageverdacht

- 28 • Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den
29 Verbindungen zwischen Russland, den österreichischen Parteien sowie
30 öffentlich Bediensteten

- 31 • Reduktion der russischen Delegation bei den diplomatischen Vertretungen in
32 Österreich auf ein absolutes Minimum, mit besonderem Augenmerk auf der
33 Ausweisung von administrativ-technischem Personal

- 34 • Eingeschränktere bzw. reduzierte Visavergabe an russische
35 Staatsbürger:innen

36 ^[1] https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/14551/imfname_1576035.pdf